

LKÖ begrüßt niedrigeren Wolf-Schutzstatus, Tierschutz Austria nicht

ERSTELLT AM 18. JUNI 2025 | 05:30

LESEZEIT: 3 MIN

ANMELDEN, UM ARTIKEL ZU SPEICHERN 

NIEDERÖSTERREICH



**Katrin
Schinewitz**



Der Wolf sorgt für Debatten zwischen Landwirtinnen und Landwirten und Umweltschutzorganisationen.

FOTO: Shutterstock/AB Photographie, AB Photographie

Wie sich die Herabstufung des Wolf-Schutzstatus auf Landwirtschaft, Artenschutz und die Gesellschaft auswirkt, sehen Vertreter der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) und Mitglieder von Umweltschutzorganisationen unterschiedlich. Laut LKÖ-Präsident Moosbrugger sollen Wölfe etwa im Jagdrecht denselben Status bekommen wie andere Wildtierarten. Von der Tierschutzorganisation Tierschutz Austria heißt es wiederum, dass „Waffen langfristig noch nie eine Lösung waren“.

Das Thema Wolf beschäftigt Medien, Landwirtschaft, Umweltschutzorganisationen und viele weitere Interessenvertreterinnen und -vertreter derzeit regelmäßig. Nachdem das EU-Parlament vor über einem Monat für die Absenkung des Wolf-Schutzstatus von „streng geschützt“ auf „geschützt“ gestimmt hat, gab es einerseits Aufatmen bei Landwirtschaftsvertretern, etwa dem NÖ Bauernbund oder den Landwirtschaftskammern der Bundesländer, und andererseits Kritik von Umweltschutzverbänden, wie dem WWF.

Beim EU-Schutzstatus „Streng geschützt“ sei das Töten von Wölfen prinzipiell verboten. Durch Sonderregelungen sei die Entnahme von sogenannten „Problemwölfen“ jedoch auch vor der Senkung des Schutzstatus bereits rechtlich möglich gewesen, sagt Wolfsrechtsexperte Roland Norer. In Niederösterreich ermöglicht eine Landesverordnung seit 2023 „die rasche Entnahme von Problemtieren“. „Die Senkung des Schutzstatus auf ‚geschützt‘ erlaubt es, nicht nur gegen Einzelwölfe vorzugehen, sondern auch eine ‚Bestandsregulierung‘ zu betreiben“, erklärt Norer bei einem Pressegespräch der österreichischen Landwirtschaftskammer (LKÖ).



08.05.2025

**EU-Parlament stimmt über Wolfsschutz ab:
Bauernbund & WWF im Clinch**

Nach der Entscheidung des EU-Parlaments liege es jetzt an den Bundesländern, bestimmte Regulierungsmöglichkeiten in den Landesjagdgesetzen festzumachen. „Die aktuelle Entwicklung der Wolfspopulationen wird dazu führen, dass die Länder die Gesetze verschärfen müssen“, betont LKÖ-Präsident Josef Moosbrugger. Die Rissituationen in den Bundesländern seien sehr unterschiedlich. Auf einer Hochalm in Tirol mussten kürzlich rund 250 Schafe aufgrund von mindestens vier Rissen nach 48 Stunden wieder auf ihre Heimbetriebe zurückgebracht werden, schildert Moosbrugger und fordert: „Der Wolf muss im Jagdrecht einen Status bekommen, wie andere Wildtierarten auch.“ Man werde auch in Zukunft nicht ohne Wölfe leben, aber eine Ansiedelung von Wolfspopulationen im Alpenraum sei falsch.

Tierschützer sehen Herdenschutz als Lösung, aber es gibt auch andere Meinungen

Zeitgleich mit dem Pressegespräch der LKÖ fand vor dem Gebäude in der Wiener Innenstadt eine stille Protestaktion der Tierschutzorganisation Tierschutz Austria statt. Die Organisation kritisiert, dass zentrale Herausforderungen der Landwirtschaft in der öffentlichen Debatte ignoriert würden. Statt auf nachhaltige Maßnahmen wie gezielten Herdenschutz zu setzen, werde versucht, aus Angst vor dem Wolf politisches Kapital zu schlagen. „Die Leidtragenden sind nicht nur die streng geschützten Tiere, sondern auch die Landwirtinnen und Landwirte selbst“, heißt es von der Tierschutzorganisation.



Vor dem Gebäude der österreichischen Landwirtschaftskammer fand eine Protestaktion von Tierschutz Austria statt.

FOTO: Katrin Schinewitz

Studien würden zeigen, dass die Jagd auf Wölfe Nutztierrisse nicht nachhaltig senke. „Waffen waren langfristig noch nie eine Lösung“, sagt Leona Fux, Biologin und Artenschutzexpertin bei Tierschutz Austria. Außerdem sei Österreichs Wolfspopulation nicht gesichert, laut dem Österreichzentrum Bär, Wolf, Luchs wurden 2024 neun Rudel gezählt, davon vier mit Nachwuchs. „13 Wölfe wurden 2024 in Österreich trotz fragwürdiger Rechtslage getötet. Der EuGH hat klar bestätigt: Solange kein günstiger Erhaltungszustand erreicht ist, sind Abschüsse illegal“, betont Michaela Lehner, Stabsstelle Recht, Tierschutz Austria.

LKÖ-Präsident Moosbrugger kommentierte die Protestaktion von Tierschutz Austria ebenfalls. Er lade die Protestierenden ein, eine Alm auf eigene Kosten zu bewirtschaften. Die psychische Last vieler Almbäuerinnen und Almbauern, die ihre Tiere schützen möchten, sei nicht zu unterschätzen. Bewirtschaftete Almen seien die Grundlage für den Tourismus und die Erholung in vielen Regionen Österreichs. „Die Alm- und Weidewirtschaft ist viel stärker gefährdet als der längst nicht mehr gefährdete Wolf“, sagt Moosbrugger.



Wildtierbiologe und Buchautor Marcel Züger, LKÖ-Präsident Josef Moosbrugger und Wolfsrechtsexperte Roland Norer sprachen über das Wolfsmanagement in Österreich.

FOTO: LKÖ/Jung-Leithner

Auch der Schweizer Wildtierbiologe Marcel Züger, der ebenfalls Teil des LKÖ-Pressesegesprächs war, zeigt sich überzeugt, dass der günstige Erhaltungszustand des Wolfes europaweit „mehr als erreicht“ ist. Züger schreibt in seinem Buch „Mensch, Wolf“, das in Tierschutz- bzw. Landwirtschaftskreisen schon für Diskussionen sorgte, dass die Beweidung und Bealpfung in weiterer Folge für den Erhalt vieler wichtiger, oft nur in Österreich vorkommender Tier- und Pflanzenarten entscheidend ist.

Der von Tierschutzorganisationen geforderte umfassende Herdenschutz sei kein „tauglicher Ausweg“. Maßnahmen wie Zäune seien etwa fehleranfällig und Wölfe können zum Teil in geschaffene „Verteidigungsgebiete“ eindringen. „Je stärker der Herdenschutz ausgebaut ist, desto höher sind die Kollateralschäden“, betont Züger.